

Wer den Armen und Bedrängten ein Heil der Tat sein will, der wähle die Partei der sozialen Tat, der wähle Sozialdemokraten.

Paul Siemann
Hauptleiter und Stadtverordneter.

*

Die Wahl vom 14. September hat infolge der ungeheuren Wirtschaftskrise und einer Schlammschlacht von Lügen und Verächtigungen einen Rückgang der Wählerstimmen der SPD zur Folge gebracht. Am 1. März, zur Stadtvorordnetenwahl, gilt es nun diese Schärfe wieder auszunutzen.

Durch eine nicht zu überblickende Demagogie haben es die Nazis verstanden, große Kreise der Wählerschaft, welche durch die andauernde Wirtschaftskrise verunsichert waren, für sich einzufangen. Jetzt ist nur die Nazi-Partei mit ihren bürgerlichen Freunden seit einem halben Jahre an der Regierung. Steuerobahn haben sie in allen Sorten verprüft. Und ihre Taten? Ein ganzes Bündel neuer Steuern haben sie geschaffen, alle diese Steuern muß die minderbevölkerte Bevölkerung tragen. In den Stadtparlamenten haben die Stadtverordneten die Bewilligung neuer Steuern abgelehnt. Die Naziregierung schlägt die Stadtverordneten nach Hause und lebt Staatsausfrauung ein, um den Wähler noch zu Wehrmacht eins auch den Armeren belassende rückwirkende, ganz unsitze Apfelsteuern zu bereuen.

Das Verkauen der Naziregierung hat bei erheblichen Teilen der Wählerschaft starke Gegenwirkung ausgelöst. Darum wird am 1. März wieder eine rote Mehrheit in das Rathaus einzuziehen, wenn jeder seine Stimme tut.

Heinr. Simon
Schlößer und Stadtverordneter.

*

Ausblütend auf eine 28jährige Stadtverordnetentätigkeit steht ich fest, daß die Sozialdemokratie im Rathause unverfehlbare Erfolge erzielt hat. Wurde im Dreiklassenparlament der Vorriegszeit unsere Anträge und Anregungen fast unbeachtet von den Bürgerlichen niedergeschlagen, so zwangen wir diese nach und nach durch unsere grundästhetische Kommunalpolitik, sich ernstlich mit unseren Forderungen zu befassen. Unter weiterer Auffrische bewirkt, daß die bürgerlichen Stadtverordneten den Kampf gegen uns immer gehöriger führten, zugleich aber in einer demagogischen Weise sich äußerst wohlrücklich gehabt haben, um uns das Wasser abzusaugen. Wir waren die Kraft, die schließlich und die Bürgerlichen vorantrieb.

Ziel steht, daß unser Tätigkeits wesentliche Fortschritte der Stadt, z. B. der Wohnungspolitik, des Wohnbaus, Gefürdetels, Schulwesens, sozialer Einrichtungen, Erhöhung der Lage der Diensten der Stadt Stehenden und zu dichten sind.

Tellenseit überzeugt von dem zu erwartenden Siege des Sozialismus ergeht an alle unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Leidenden, insbesondere auch an die bedauernswerten Kleingewerbetreibenden, der Ruf: Tretet ein in die Sozialdemokratische Partei! Helft mit, ein besseres, gerechteres Wirtschaftssystem aufzubauen: den Sozialismus!

Carl Siegmund
Ratmitglied und Stadtverordneter.

*

On der Schichtsstunde der verlorenen Ausschaltung der Selbstverwaltung durch unsere Gegner haben die sozialistischen Vertreter als Verteidiger nicht nur für die Erhaltung dieser bestehenden Rechte, sondern auch für den weiteren Ausbau des republikanischen Staatswesens – deren Fundamente die Gemeinden sind – zu wirken. Für die arbeitende Klasse, Frauen und Männer, ist es daher erneut ein Gebot der Stunde, das erungenen allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht bei den bevorstehenden Kommunalwahlen im Freistaat Braunschweig vollauszunutzen, denn Röte will auch hier als das höchste Geleyk.

Stadtrat Rudolf Vogler
Ratmitglied der Landeshauptstadt Braunschweig.

*

Wenn ich als Gauleiter des Zentralverbandes der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands zur bevorstehenden Stadtvorordnetenwahl auf der sozialdemokratischen Linie kandidiere, so desshalb, weil ich als Stadtverordneter die Interessen der Arbeitslosen und Witwen in ihren Fürsorge-Angelegenheiten besser wahrnehmen kann. Die Geschichte und Erfahrungen haben gelehrt, daß die Sozialdemokratische Partei die einzige Partei ist, die im steten Ringen und Kampfen die Interessen der Arbeitslosen wahrgenommen hat. Davor haben wir Arbeitslosen das größte Interesse daran, daß die Sozialdemokratische Partei als starke Fraktion im neuen Stadtparlament eintrete.

Peter Walter
Gauleiter des Zentralverbandes der Arbeitslosen
Braunschweig, Singerstraße 25.

Unsere Sorge gilt trotz der Finanznot im Reich, Ländern und Gemeinden in erster Linie den Opfern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Nicht dem Abbau, sondern dem Ausbau der Sozial- und Wohlfahrsanstaltungen ist auch in Zukunft unsere Arbeit in den Parlamenten gewidmet.

Winnecke
Stadtverordneter.

*

Das Stadtparlament verfügte bis vor drei Jahren über eine bürgerliche Mehrheit. Man vergleiche die Sitzungen, die dieses Stadtparlament in den letzten drei Jahren gehabt haben, und man wird mit洞en, die in den letzten drei Jahren unter sozialdemokratischer Mehrheit vorliegen. Einige seien genannt: Schaffung einer Jugendherberge von schön Zweckmaßstäben; Schaffung eines „Obdachlosenheims“, das von einer Bruderschaft für Ungelehrte zu einer Heimstatt für Alte und Behinderte gesprochen ist; Anlage von Erholungsstätten, Kinderspielplätzen und Platzbedenken für die gefährdeten Großstadtkinder; Einführung einer Mutterlaube, die vorigen entwandelte ist. Die „Alte Mutterlaube“ war ein Schenkenberg. Ausbau des Südwilhelms Krankenhaus; Ausbau des Hauptbahnhofs; Ausbau des Gaswerkes.

Diese kleine Liste zeigt die Erfolge dreijähriger sozialdemokratischer Kommunalarbeit.

Rann jemand noch im Zweifel sein, welcher Liste er am 1. März seine Stimme gibt?

Kurt Wittig
Krankenhausangestellter und Stadtrat, Braunschweig.

*

Nachdem die Nation mit ihren verschiedenartigen Widerungen gegen die Demokratie nicht ihr erwartetes Ziel erreicht hat, verfügt sie es seit Jahren mit stetig verstärkter Auslobung des Volksstaates von unten her. Das demokratische System soll dadurch getroffen werden, daß man die öffentlichen Organe, die am unmittelbar mit der Förderung in Berührung kommen, die der Kommune, zu diszipliniertem Verlust: es wird gehegt gegen fortwährende Stadtverordnungen, man entzieht ihnen mit dem Ziel der Privatisierung der Gemeindeunternehmungen zugunsten des Großkapitals plötzlich die Kreidle, während man die Gemeinden vornehmlich Geldmarke finanziell fernhält und schließlich verzerrt, man auf dem Wege über die Haushaltsgleichsetzung, die Gewinnnahmen der Gemeinden, hält ihnen aber gleichzeitig immer neue, schwere Lasten auf. Das führt dazu, daß die Gemeinden finanziell zusammenbrechen und ihre fürstlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Während sie die Aermeln und Verantwortungen immer weiter ins Blend führt, soßt man mit dem verdeckten Gedanken über das Berücksichtigen der kommunalen Selbstverwaltung, der Demokratie im allgemeinen und des Parlamentarismus im besonderen, Stimmung für die Diktatur zu machen.

Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, diesen verderblichen Planen entstehen und plottet entgegenzuwirken. Bei den kommenden Kämpfen um den Haushaltsgleichstand muß man zu verhindern werden, daß weiterhin manche Länder auf Kosten der Kommunen Anteile an den Reichsüberwirtschaftungssteuern übernehmen, die ihnen den Luxus einer sozialistischen, von altersher überlegten Verwaltung gestatten. Es ist daher zu fordern, daß Reichs wegen der Gemeinden ein ausreichender Mindestanteil an allen neuen Steuern als sichere finanzielle Grundlage zu garantieren ist für die Erfüllung ihrer hohen Aufgabe, den gesellschaftlichen Fortschritt aller Schichtenstufen zu fördern.

Otto Arnholz
Ortsvorsteher des Reichsbanners.

*

Die vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, dafür zu sorgen, daß in dieser Zeit genügend Summen für Arbeitsbeschaffung und Wohnungsbau eingesetzt werden. Außerdem muß das Augenmerk der Kommunalvertreter auf Fürsorge und Wohlfahrt gerichtet sein, damit den Eltern der Armen in jeder Lage geholfen werden kann. Den Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfragen ist mindestens soviel Rücksicht zu thun, wie es die freierwerksähnlichen Bedingungen erfordern. Die Vorlagen des Rates sind fristlich zu prüfen und vor Annahme zu gestalten, daß sie dieselben für die werthafte Verdüllung zum Nutzen auswirken.

W. Grauel
Stadtverordneter.

*

Kommunalvertreter des Kreises Braunschweig

Warum wähle ich Liste 1, Sozialdemokraten?

Sie wollen den Sozialismus einführen auf demokratischem Wege. Das heißt, sie wollen die durch die Revolution 1918 eingeführte Volkherrschaft aufrechterhalten und sie zum Vorteil

ne Plakate 1925-33

Colour Chart #13

